

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 108 (2014)
Heft: 5

Artikel: Ukraine : der "weisse Fleck" wird Krisenherd
Autor: Berger, Roman / Stocker, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-514107>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Noch vor wenigen Monaten wären wohl nicht viele bereit gewesen zu glauben, dass der «Kalte Krieg» sich so schnell und dominant wieder in Erinnerung ruft. Aber ist es das überhaupt, was sich da in der Ukraine, in der Krim und auf dem internationalen Parkett ereignet? Oder zielen solche Erklärungen in die völlig falsche Richtung? Wir fragten nach bei Roman Berger. Er kennt Russland seit Jahrzehnten, hat dort als Journalist gelebt und gearbeitet, er verfolgt die Entwicklungen intensiv und hat wichtige persönliche und berufliche Kontakte. Roman Berger ist Mitglied der Redaktionskommission der Neuen Wege.

1.

Etwas ratlos sitzen wir vor den Bildschirmen, lesen Zeitungen und hören die Nachrichten: Die Ukraine werde destabilisiert, je nach Absender «vom Westen» oder «vom Osten», die Krim wird annektiert, Panzer werden aufgeföhren. Was spielt sich hier ab?

Die schwerste Krise seit dem Ende des Kalten Krieges findet in einem Land statt, das bis vor kurzem auf der politischen Weltkarte ein «weisser Fleck» war. Auch für die Medien war die Ukraine weitgehend Niemandsland. Im nach Russland flächenmässig grössten europäischen Land gab es keinen westlichen Korrespondenten, der dauerhaft vor Ort lebte. Die BerichterstatteInnen mussten von Moskau, Warschau oder Prag eingeflogen werden. Viele JournalistInnen waren gezwungen, aus dem Stehgreif «Instant-News» zu liefern. In der Branche heisst das «Parachute-Journalismus», eine Folge der drastischen Einschränkung der Auslandsberichterstattung, auch bei weiterhin profitablen Medienkonzernen.

«Ratlos» und verwirrt sind wir auch deshalb, weil die grossen Akteure in dieser Krise – Moskau, Washington und Brüssel – im Kampf um die Deutungshoheit die Information als Waffe einsetzen. Die russischen Staatsmedien zeich-

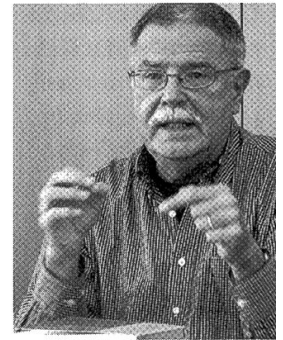
Roman Berger und
Monika Stocker

Ukraine: Der «weisse Fleck» wird Krisenherd

nen ständig das Bild einer von «Faschisten und Nazis kontrollierten Ukraine». Mit Recht ist von Propaganda die Rede. Die russisch-ukrainische Schriftstellerin Swetlana Alexijewitsch spricht sogar von «totaler Gehirnwäsche».

Kaum thematisiert werden die westlichen Medien in diesem Konflikt. Auch sie manipulieren und werden manipuliert. Es gibt viel personalisierte Krisenberichterstattung. So wurde die Rolle des Boxers Vitali Klitschko überschätzt. Kritische Analysen über strategische Akteure im Hintergrund kommen zu kurz. Und viele Journalisten haben die «Schere im Kopf». Sie wollen sich nicht als «Russland-oder-Putin-Versteher» beschimpfen lassen. Das heisst: Legitime Argumente aus russischer Sicht kommen zu kurz. Das alte Feindbild Moskau ist wieder da.

Zur Ukraine. Der Name sagt eigentlich alles: «Ukraine» bedeutet «an der Grenze». An der Grenze zur Steppe, der Trennlinie zwischen der sesshaften und nomadischen Zivilisation, die für die Geschichte Osteuropas von grundlegender Bedeutung war. Durch die Ukraine verläuft auch die sogenannte «Tee- und Kaffee-Grenze», die Grenze zwischen dem byzantinisch-orthodoxen östlichen Kulturraum und dem lateinisch-abendländisch geprägten Kulturraum.



Roman Berger
Bild: François Baer
roman-berger@bluewin.ch

3 Fragen
– 3 Antworten

Über lange Perioden ihrer Geschichte war die Ukraine Bestandteil fremder Staaten: Westliche Territorien gehörten zu Polen-Litauen, später zur Donaumonarchie, dann zur polnischen Republik. Die Ostukraine wurde erst im 18. Jahrhundert durch russische Bauern und Arbeiter besiedelt.

Die Ukraine ist gespalten: Die wirtschaftlich schwachen Regionen im Westen sind die Hochburgen der Nationalisten. Die grossen und strategisch wichtigen Unternehmen der Ukraine – Stahlwerke, Schiff- und Turbinenbau, Kohlenbergbau, Rüstungsindustrie – liegen im Osten. Ihr Markt ist Russland. Seit

wechsel innerhalb der gleichen Oberschicht. Die Karten werden einfach neu verteilt.

Vordergründig geht es im Kampf um die Ukraine um ein Assoziierungsabkommen mit der EU, dessen Ablehnung durch Janukowitsch die Protestbewegung auf dem Maidan in Kiew ausgelöst hat. Im Grenzland Ukraine stehen aber auch geopolitische Interessen auf dem Spiel, die das Land in eine Zerreissprobe gestürzt haben.

Die Ukraine müsse zum Vorposten des Westens aufgebaut werden, behauptet der Geopolitiker und ehemalige Sicherheitsberater unter Präsident Carter,

Unter grösste Schwierigkeiten halten Sicherheitskräfte pro-russische Separatisten in der Stadt Horliwka zurück. Bild: Alexey Kravtsov, AFP



der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 hat sich keine Partei und keine Regierung darum bemüht, die jeweils andere Seite einzubeziehen, zwischen den verschiedenen politischen Kulturen im Osten und Westen des Landes Brücken zu schlagen und so eine staatliche Identität aufzubauen.

Beide Regime, das abgesetzte von Präsident Janukowitsch und das vorangegangene unter Juschtschenko, haben nur versucht, den eigenen Einfluss zu vergrössern. Dasselbe gilt auch für die jetzt amtierenden Übergangsregierung. In Kiew hat keine «Revolution» stattgefunden, sondern nur ein Schicht-

Zbigniew Brzezinski. Nur so könne der Westen ein Wiederaufstehen Russlands als Imperium verhindern. Diese falsche Entweder-Oder-Perspektive hat in der Ukraine die Krise ausgelöst. Die Ukraine braucht Ost und West. Nur eine Kooperation zwischen Europa und Russland kann das Grenzland stabilisieren und eine Konfrontation verhindern.

Zur Krim: Nach der Entmachtung von Präsident Janukowitsch in der Ukraine lag es auf der Hand, dass Russland die Krim zurückholen würde. Sewastopol, der wichtigste Zugang zum Schwarzen Meer und damit zum Mittelmeer, will Russland nicht dem Einfluss des

Westens und damit womöglich sogar der Nato überlassen. Die Ukraine ist das strategische Vorfeld Russlands. So wie Zentralamerika für US-amerikanische Präsidenten, die diese Region als ihren «Hinterhof» betrachteten. Die USA intervenierten von Grenada nach Panama und versuchten, von Kuba bis Nicaragua linke Regierungen zu destabilisieren. Das entschuldigt Putins Vorgehen in seinem «Interessengebiet» nicht, aber erklärt, warum er den Westen der Doppel-moral bezichtigt.

2.

Die EU, die USA reagieren hilflos, reden von Sanktionen, die bei den ja schon lange verwobenen Geschäftsbeziehungen zahnlos bleiben müssen. Einzig die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OsZE), präsi-diert vom schweizerischen Aussenminister, scheint ein kleines Fenster konstruktiver Interventionen zu suchen.

Nach 1989 gab es die historische Chance, Russland mit gleichen Rechten und Pflichten in ein nicht mehr gespaltenes Europa einzubeziehen. Michail Gorbatschow, der von 1985 bis 1991 am-tierende, letzte Präsident der Sowjet-union, hat ein solches Ziel als «gemein-sames europäisches Haus» angestrebt. Institutioneller Rahmen dieses «gemein-samen Hauses» sollte die 1975 gegründete «Konferenz für Sicherheit und Zu-sammenarbeit» (KSZE) werden, die 1995 in Organisation für Sicherheit und Zu-sammenarbeit in Europa (OsZE) umbenannt wurde.

Das Versprechen einer gesamteuro-päischen Sicherheitsordnung unter gleich-berechtigter Beteiligung Russlands wur-de aber nie umgesetzt. Statt nach der Auflösung des Warschauer Paktes auch die Nato aufzulösen, erfolgte ihre Expansion bis an die russische Grenze. Dies bedeutete ein Bruch der Verspre-chen, die Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident George Bush senior Gorbatschow gemacht hatten.

Im Gegensatz zu der nach Osten er-weiterten Nato blieben die ursprüngli-chen Pläne, die OsZE politisch und insti-tutionell zu stärken, auf dem Papier. Und jetzt sollte ausgerechnet die OsZE in die-ser schweren Krise als starker Schieds-richter auftreten und dafür sorgen, dass der Konflikt mit friedlichen Mitteln ge-löst wird. Im Rückblick kann man eine solche Entwicklung nur mit bitterer Iro-nie zur Kenntnis nehmen und hoffen, dass die OsZE trotz allem einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten kann.

Im Kaukasus (Tschetschenien, Geor-gien) und in Zentralasien (Tadschikis-tan) konnte ich in den neunziger Jahren vor Ort beobachten, wie die OsZE arbei-tet und wie sie von der lokalen Bevölke-rung aufgenommen wird. In Erinnerung geblieben ist mir, mit welcher Freude die weissen Landrover mit dem OsZE-Sig-net in abgelegenen Dörfern von den Ein-wohnern begrüsst wurden. Endlich er-hielten die in schwierigen Konflikt-reigionen lebenden Menschen die Mög-lichkeit, mit neutralen Beobachtern zu reden und sie zu informieren. Sie erhiel-ten ein Gefühl der Sicherheit und die Gewissheit, dass sie von der übrigen Welt nicht ganz vergessen werden. Sol-che, für die Bevölkerung zentralen Er-fahrungen werden beim Einsatz von in-ternationalen Organisationen oft unter-schätzt. Entscheidend für die OsZE ist aber der Grundsatz: Wir müssen mit al-len Konfliktparteien sprechen. Denn alle müssen wissen, dass sie unter Beobach-tung sind.

3.

Wir sehen emotionsgeladene Bilder von Menschen, welche die russische Fahne schwenken, ja sogar die sowjetische mit Hammer und Sichel, und hören, dass sie «heim nach Russland» wollen. Wie kön-nen wir das verstehen?

Als der Moskauer Staat ab 1991 von der Sowjetunion zur Russischen Födera-tion schrumpfte, blieb ein Sechstel der russischen Bevölkerung (etwa 25 Millio-

nen) ausserhalb der neuen Landesgrenzen. Die meisten, die heute in der Ostukraine die russische Fahne schwingen, wollen nicht «heim nach Russland». Sie fürchten aber, dass sie unter einem EU-Assoziierungsabkommen ihre Arbeit verlieren könnten, weil die für den russischen Markt bestimmten Produkte der Ostukraine nicht den Vorgaben der EU entsprechen. Viele OstukrainerInnen trauen der neuen Führung in Kiew nicht über den Weg, weil sie die Menschen dort in erster Linie als Sicherheitsrisiko betrachtet. Die OstukrainerInnen wollen aber nicht als BürgerInnen zweiter Klasse behandelt werden.

Wir haben es bereits vergessen: Das Ende des Kalten Krieges und das Ende der Sowjetunion wurden auch in Russland und den übrigen sowjetischen Republiken von der Bevölkerung begrüsst. 1990 und 1991 ging sie zu Hunderttausenden auf die Strasse. Damals fand in Moskau ein russischer «Maidan» statt. Es flogen aber keine Brandflaschen, und es schossen keine Scharfschützen. Die Konzessionen Gorbatschows gegenüber dem Westen ermöglichten ein friedliches Ende des Kalten Krieges. Und Moskau hat den Zerfallsprozess des eigenen Imperiums – mit der Ausnahme Tschetscheniens – bemerkenswert umsichtig gemeistert.

Die Enttäuschung kam, als die ersten demokratischen Gehversuche Moskaus in den neunziger Jahren mit wirtschaftlichem Niedergang und Finanzkrisen einhergingen. Die meisten Russen fühlten sich aus der relativen Sicherheit des sowjetischen Systems in genau jenen Raubtierkapitalismus entlassen, den die sowjetische Propaganda als Schreckbild an die Wand gemalt hatte. Demokratie wurde zum Synonym für politische Schwäche, die eine kleine Gruppe von Oligarchen zur Bereicherung nutzte, während ein Grossteil der Bevölkerung verarmte.

Als Putin 2000 vom korrupten und kranken Boris Jelzin die Macht in einem

auseinanderfallenden Land übernahm, wurde er als «Retter Russlands» begrüsst. Vierzehn Jahre später geniesst der Kremlchef nach der Wiedereingliederung der Krim ein noch nie erreichtes Popularitätshoch (über 80 Prozent). Der harte Kern von Putins Klientel wird auf rund 60 Prozent geschätzt. Dem Westen zu denken geben müsste, dass heute auch prowestliche, liberale Kräfte Putin unterstützen. Sie hatten schon Mitte der neunziger Jahre, als die erste Etappe der Nato-Osterweiterung stattfand, den Westen davor gewarnt, wie gefährlich es sei, ein bereits geschwächtes Russland noch weiter in die Enge zu treiben und zu isolieren. Der Westen sah sich aber als «Sieger des Kalten Krieges» und schlug diese Stimmen in den Wind. Die Folgen dieser fatalen Weichenstellung nach dem Ende des Kalten Krieges werden jetzt noch deutlicher: In Moskau geben geostrategische Falken und Sowjetnostalgiker den Ton an, was im Westen wiederum die Hardliner bestärkt.

Mit anderen Worten: Die Lösung der dramatischen Krise um die Ukraine kann nicht gelingen, ohne dabei die russischen Erfahrungen der letzten 25 Jahre zu berücksichtigen. Das rechtfertigt keineswegs Putins Vorgehen auf der Krim. Die gewaltsame Sezession darf im 21. Jahrhundert keine Lösung sein. Das haben uns die blutigen Balkanwirren der neunziger Jahre gelehrt.

Gleichzeitig müssen Ost und West aber neue Realitäten akzeptieren. Die USA sind nicht mehr die alles dominierende «einzige Weltmacht» (Zbigniew Brzezinski). Russland muss die Verkleinerung seines Herrschaftsgebietes hinnehmen, kann aber nicht «isoliert» werden, und Putin lebt nicht in einer «anderen Welt» (Angela Merkel). West und Ost leben in der gleichen Welt, brauchen aber eine neue Sicherheitsordnung, die den Fehlstart nach dem Ende des Kalten Krieges korrigieren und das Kernanliegen jedes Staates, Sicherheit, garantieren muss. ●